Inhalt:

Bilanz der Kommunalwahlen	S. 01	Für eine Landesgartenschau in Papenburg	S. 03
Kritische Fragen zum Biomasseheizkraftwerk	S.02	Für Ems-Vechte-Welle	S. 04
Geldverschwendung beim Straßenbau	S. 02	Vorbereitung der Bundestags- und Landtagswahl	S. 04
Infrastrukturmaßnahmen für Kolbenschmidt	S. 03		

Oktober 2001

Bloem: Junge Leute für Politik der SPD gewinnen

„Zahme Oppositionspolitik im Stadtrat ist vorbei"

Papenburg (kd) „Wir haben uns ein hohes Ziel gesteckt, das wir nicht erreicht haben." Mit diesen Worten bilanzierte der Papenburger SPD-Ortsvorsitzende Bernhard Bloem das Ergebnis der Sozialdemokraten bei den Kommunalwahlen in der Kanalstadt. Als Aufgabe schrieb er dem Ortsverband ins Stammbuch, „Junge Leute für unsere Politik zu gewinnen".

Die anstehende Legislaturperiode sei schnell vorbei. „Wir müssen daher bald etwas tun", untermauerte Bloem auf der Mitgliederversammlung sein Bestreben, zu den nächsten Wahlen die Kandidatenlisten zu verjüngen. Ein Durchschnittsalter der Ratsbewerber von 55 Jahren dürften die Listen nicht noch einmal widerspiegeln.

Eine Einschätzung, die von der Versammlung weitgehend geteilt wurde. Dennoch wurde darauf verwiesen, dass es nicht allein an der Altersquote gelegen habe, dass die SPD auf ihrem Niveau von acht Mandaten stagniert habe. Die kommunalen Positionen der Sozialdemokraten müssten einfach besser verkauft werden, klang an. Eine „populistische Politik" sei mit ihm aber nicht zu machen, unterstrich Roland Seemann den Anspruch an sich selbst, Ratspolitik differenziert zu betrachten und zu diskutieren.

Es dürfe keine „zahme Politik" der Papenburger SPD mehr geben, betonte Wilhelm Kröger. Er werde im Rat „zwar nicht draufhauen", aber: „Wir müssen härter werden", sah er hier einen Weg zur besseren Profilierung seiner Partei. Als die dominierende Kraft in der neuen 23-köpfigen CDU-Mehrheitsfraktion im Stadtrat machte Wilhelm Kröger den Obenender Volker Eissing aus: „Der Doktor von St. Marien bestimmt die Politik der Christdemokraten im Rat."

„Nicht noch einmal Durchschnittsalter von 55 Jahren"

Kritisch betrachtete indessen Alois Bamming die Entscheidung der CDU, alle Führungspositionen mit eigenen Leuten zu besetzen. Die SPD als zweitgrößte Partei im Rat verliere damit den Posten des zweiten stellvertretenden Bürgermeisters, den bislang Roland Seemann innehatte. „Die Macht ist trotz des Verlustes von zwei Mandaten weiter auf der anderen Seite", stellte dazu SPD-Ortsvorsitzender Bernhard Bloem pragmatisch fest.

Als Vertreter für die Bundeswahlkreis-Delegiertenkonferenz am 31. Oktober in Rhede entsandte die Papenburger SPD Hartmut Bugiel, Roland Seemann und Christa Kröger. Ersatzdelegierte zur Nominierung des Kandidaten für den Bundestag sind Ferdinand Saalfeld und Bernhard Bloem. Zum emsländischen Kreisparteitag am 24. November in Lingen will der Papenburger SPD-Ortsverband nach Darstellung von Ferdinand Saalfeld einen Antrag zur Orientierungsstufe einbringen. Nach Vorlage des von der Landesregierung in Auftrag gegeben Gutachtens zur O-Stufe müsse umgehend eine politische Entscheidung in Hannover fallen, um „Planungssicherheit" zu haben.

Franz Kummer regte als weiteren Antrag eine Stellungnahme zum Erhalt des Ems-Seitenkanals als Biotop an. Mit der Ablehnung eines eventuellen Ausbaus als Schifffahrtsweg stehe der Papenburger Ortsverband recht allein da, hieß es dazu von mehreren Seiten. Der Kreisparteitag werde einen derartigen Antrag mit ziemlicher Sicherheit ablehnen, gab Peter Raske seine Einschätzung wieder. Dennoch überwog im Ortsverband die Meinung, dass es wichtig sei, sich auf verschiedenen Wegen um den Erhalt der besonders schützenswerten Wasserflächen im Bereich des Stadtgebietes einzusetzen. Pläne für einen Ausbau sehen dagegen vor, als erste Stufe den Abschnitt zwischen Dörpen und Papenburg schiffbar zu machen.

Ems-Zeitung 12.10.2001

November 2001

Kritische Fragen zum Biomasseheizkraftwerk

Fragen der SPD-Fraktion aus Papenburg stellten sich Vertreter der Firmen Schulte & Bruns, PROKON und BIRO.

Klaus Heinrich Fischer informierte zunächst über die derzeitigen Aktivitäten auf den Hafenflächen der Firma Schulte & Bruns. Die Firma beschäftigte in Papenburg ca. 85 Mitarbeiter. Es wurden 50% der Umsätze in Papenburg gemacht. Ein Großteil des Industriehafens mit seinen Hallen wurde als Torfimporthafen und als Stahlplattenlager für die Meyer-Werft genutzt. Dies war auch der Grund, weshalb der von der SPD vorgeschlagene Standort für das Biomasseheizkraftwerk nicht realisiert werden konnte.

Anschließend erläuterte Andre Hamers von der Firma PROKON-Nord den derzeitigen Stand des Genehmigungsverfahrens für das Biomasseheizkraftwerk. Am 12. Dezember 2001 würden die 15 Einwendungen nach der öffentlichen Auslegung in einer öffentlichen Anhörung behandelt. Er rechnete damit, dass Ende Februar 2002 eine Genehmigung erteilt würde und im März die Grundsteinlegung erfolgen könnte. Mit dem Betriebsbeginn wurde Anfang 2003 gerechnet.

Auf dem 4,5 ha großen als Industriegebiet ausgewiesenen Gelände im Nordhafen würden mit einem Investitionsvolumen von ca. 90 Mio. DM im zirkulierenden Wirbelschichtverfahren 150.000 Tonnen Brennstoffe wie Altholz, Treibsel, nachwachsende Rohstoffe und andere Stoffe im Sinne der Biomasseverordnung zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) verbrannt. Die elektrische Jahresleistung betrug ca. 140 Gigawattstunden. Es war keine Verwertung der Abwärme als Fernwärme durch den Betreiber geplant.

Kritisch wurde die Lagerung des angelieferten Materials in den Vorratslagern für den wöchentlichen Verbrauch und die davon ausgehenden Emissionen diskutiert. Ebenso wurde Kritik laut zur geplanten Wasserentnahme aus dem Klärwerk von 5 Kubikmetern stündlich. Weitere Informationen waren aus Sicht der SPD auch notwendig zur Entsorgung der Filterstäube und der geplanten Verwertung der Flugasche in der Zementproduktion.

Nach wie vor bereitete der SPD-Fraktion die Anlieferung des Brennmaterials und die Vertrauenswürdigkeit des Vertragspartners BIRO Sorgen. Für die SPD-Fraktion war es nicht hinnehmbar, dass die Firma BIRO noch bis zum Jahre 2005 am alten Standort ihr Holzlager betreiben würde.

Es bestanden Zweifel, ob durch den Vertrag mit der Lieferfirma BIRO eine ausreichende Sicherheit für die Beschickung mit unbelastetem Holz gewährleistet war. Schließlich gab der Lagerplatz der Firma BIRO genügend Anlass zur Kritik. Die jetzige Reduzierung der Abfallberge erfolgte auch erst durch massive Intervention des Gewerbeaufsichtsamtes.

Die SPD würde die Planungen weiterhin kritisch begleiten und insbesondere prüfen lassen, ob die Rauchgasreinigung tatsächlich dem Stand der Technik entsprach. Es müsste auch geklärt werden, wie eine Kontrolle der Art und des Umfanges der Filterstäube gewährleistet werden könnte, um missbräuchliche Entsorgung von belasteten Hölzern zu vermeiden.

Geldverschwendung beim Straßenbau

Bei den Straßenbauprojekten in Papenburg kritisierte die SPD-Fraktion die geplante Erneuerung der Straßendecke in der Umländer Wiek. Hier wurden rund 400.000 DM buchstäblich in den Sand gesetzt bzw. ins Moor versenkt. Dies setzte die CDU gegen den Rat der Verwaltung durch. Bei dem moorigen Untergrund war eine sinnvolle Erneuerung der Straßendecke nur angebracht, wenn auch eine entsprechende Untergrundsanierung durch Auskofferung vorgenommen würde, ergab ein unabhängiges Gutachten. Dies würde aber die Kosten immens steigen lassen. Ohne Untergrundsanierung würde es in kürzester Zeit wieder zum gleichen Zustand wie heute kommen. Zwar war der jetzige Zustand nicht schön, aber auch nicht verkehrsgefährdend.

Die SPD-Fraktion begrüßte die Empfehlung des Landkreises, an der Einmündung Rheiderlandstraße zur Bokeler Straße eine Ampelanlage zu bauen. Endlich würde eine alte Forderung der SPD realisiert.

Wenn es nach dem Willen der SPD-Fraktion gegangen wäre, bestünde diese Ampel an der Kreuzung K 158/Bokeler Straße schon seit über 10 Jahren. Für SPD-Ratsherr Anton Schippmann war es unverständlich, weshalb die Stadtverwaltung die jetzt geplante Lösung so lange verworfen hatte und sich nur für eine Ampelanlage an der Kreuzung Waldstraße/Deverhafen zur K 158, ohne eine Ampelanlage an der Bokeler Straße einsetzte.

Seit langem war bekannt, dass die Einmündung Bokeler Straße zur Rheiderlandstraße ein Unfallschwerpunkt war, der nur durch eine Ampelanlage beseitigt werden konnte. Die SPD stimmte der vom Landkreis empfohlenen Lösung zu, eine Ampel an der Bokeler Straße einzurichten und im Zuge der geplanten Reparatur der K 158 ab der Einmündung Deverweg die Voraussetzungen für eine kombinierte Ampel an der Waldstraße zu schaffen. Nach entsprechenden Verkehrsbeobachtungen sollte dann entschieden werden, ob an dieser Stelle eine Druckampel für Fußgänger und Radfahrer nötig war. Dabei sollte überprüft werden, ob eine Ampelanlage für den Zugang zur Meyer-Werft eingerichtet werden müsste.

Die SPD-Fraktion kritisiert Geldverschwendung beim Straßenbau

400 000 DM in den Sand gesetzt?

Papenburg (eb) – Mit Straßenbauprojekten in Papenburg beschäftigte sich die örtliche SPD-Fraktion auf ihrer jüngsten Fraktionssitzung. Auf Kritik stieß die geplante Erneuerung der Straßendecke an der Umländerwiek.

Hier werden nach Auffassung der SPD „rund 400 000 DM buchstäblich in den Sand gesetzt beziehungsweise ins Moor versenkt". Bei dem moorigen Untergrund ist nach Ansicht der Sozialdemokraten eine sinnvolle Erneuerung der Straßendecke nur angebracht, „wenn auch eine entsprechende Untergrundsanierung durch Auskofferung vorgenommen wird". Das habe ein unabhängiges Gutachten ergeben. „Dies würde aber die Kosten immens steigen lassen", so Sprecher Peter Raske. „Ohne Untergrundsanierung wird es in kürzester Zeit wieder zum gleichen Zustand wie heute kommen. Im Übrigen ist der jetzige Zustand zwar nicht schön, aber auch nicht verkehrsgefährdend."

Die Fraktion begrüßte die Empfehlung des Landkreises, an der Einmündung Rheiderlandstraße zur Bokeler Straße eine Ampelanlage zu bauen.

Nicht schön, aber auch nicht gefährlich

„Wenn es nach dem Willen der SPD gegangen wäre, bestünde diese Ampel an der Kreuzung K 158/Bokeler Straße schon seit über zehn Jahren." Für Ratsherr Anton Schippmann ist es unverständlich, weshalb die Stadtverwaltung die jetzt geplante Lösung so lange verworfen hat und sich nur für eine Ampelanlage an der Kreuzung Waldstraße/Deverhafen zur K 158, ohne eine Ampelanlage an der Bokeler Straße einsetzte. „Seit langem ist bekannt, dass die Einmündung Bokeler Straße zur Rheiderlandstraße ein Unfallschwerpunkt ist, der nur durch eine Ampelanlage zu beseitigen ist."

Die SPD stimmt der empfohlenen Lösung zu, eine Ampel an der Bokeler Straße einzurichten und im Zuge der geplanten Reparatur der K 158 ab der Einmündung Deverweg die Voraussetzungen für eine kombinierte Ampel an der Waldstraße zu schaffen. Nach entsprechenden Verkehrsbeobachtungen soll dann entschieden werden, ob an dieser Stelle eine Druckampel für Fußgänger und Radfahrer nötig ist. Gleichzeitig wird dabei überprüft, ob eine Ampelanlage für den Zugang zur Meyer-Werft eingerichtet werden muss.

Ems-Zeitung 18.11.2001

Infrastrukturmaßnahmen für Kolbenschmidt

Die SPD-Fraktion unterstützte die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für die Erweiterung der Firma Kolbenschmidt. Im Zuge dieser Maßnahmen wurde eine alte Forderung der SPD umgesetzt, die Werkseinfahrt an die Bahnhofsstraße zu verlegen. Sie war ein wesentlicher Beitrag zur Verkehrsberuhigung für die Anlieger der Von-Arenberg-Straße und Friesenstraße, wie sie von der SPD seit Jahren gefordert wurde. Denn der für das Werk bestimmte Schwerlastverkehr wurde zur Bahnhofstraße verlagert.

Ebenfalls begrüßt wurde der Bau der Fertigwaren-Lagerhalle und die Lärmschutzwand in Höhe der Deichstraße. Damit verbunden war eine wesentliche Lärmreduzierung, denn bislang geschah die Lagerhaltung der Waren unter freiem Himmel.

Besonders wichtig für die SPD-Fraktion war, dass mit der geplanten Erweiterung der Produktionsflächen der Industriestandort Papenburg langfristig gesichert werden konnte und dass damit 60 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, dass von den 56 Millionen Mark Investitionskosten auch die heimische Wirtschaft profitierte.

Für eine Landesgartenschau in Papenburg

Die Stadt Papenburg sollte sich für die Landesgartenschau im Jahr 2006 bewerben, beschloss die SPD-Stadtratsfraktion auf ihrer letzten Sitzung. Für die Bewerbung sollte möglichst schnell eine Planungsgruppe eingesetzt werden.

Papenburg bewies durch die Ausrichtung der Blumenschauen, dass sie die Voraussetzung für eine Durchführung einer Landesgartenschau erfüllte. Damit erwarb Papenburg in der Vergangenheit hohes Ansehen. Dieses galt es nun auch touristisch umzumünzen. Statt der Utopie Mobiloskop hinterher zu jagen, könnte die Landesgartenschau in diesem Zusammenhang richtungsweisend sein.

Bereits bei der letzten Blumenschau war Uwe Bartels, Niedersächsischer Landwirtschaftsminister, beeindruckt von der Leistungsfähigkeit der Papenburger Gärtner. Er attestierte bei der Eröffnung der Blumenschau in Papenburg der Stadt bereits „die Wettbewerbsfähigkeit" für die Ausrichtung einer Landesgartenschau. Sie fand alle zwei Jahre statt: zuletzt 2002 in Bad Zwischenahn und 2004 in Wolfsburg.

Die Gestaltung einer Verbindung vom Stadtpark zum Volkspark stand schon lange auf der Wunschliste der SPD. Mit der Landesgartenschau könnte hier eine dauerhafte „grüne" Verbindung geschaffen werden. Es könnte ein Gebiet mit hohem Freizeit- und Erholungswert in der Innenstadt geschaffen werden.

Außerdem schlug die SPD vor, den historischen Garten von Altenkamp mit Sonderveranstaltungen einzuplanen. Ebenso sollte überlegt werden, in welcher Form das Obenende und die Historisch Ökologische Bildungsstätte in die Landesgartenschau mit einem besonderen Beitrag eingebunden werden könnte.

Dezember 2001

Für Ems-Vechte-Welle

Die Stadt Papenburg sollte weiterhin das Studio der Ems-Vechte-Welle in Papenburg finanziell unterstützen, beschloss die SPD-Stadtratsfraktion. Nach der Verabschiedung des neuen Landesmediengesetzes könnte damit das Bürgerradio dauerhaft für das Emsland mit einem eigenen Studio in Papenburg gesichert werden.

Der niedersächsische Landtag verabschiedete mit großer Mehrheit das neue Landesmediengesetz. Damit wurden die offenen Kanäle und nichtkommerziellen Lokalradios wie z.B. die Ems-Vechte-Welle auf eine Grundlage gestellt, die sie nach den gelungenen Modellversuchen für die Zukunft absicherte.

Für die SPD-Stadtratsfraktion war es ein erfreuliches Ergebnis, dass die Landesregierung nun nach dem Probebetrieb und ein Jahr vor Ende des Modellversuchs die dauerhafte Grundlage für das Bürgerradio schaffte. Mit dem Regelbetrieb für die Bürgermedien ab 2002 verankerte die Landesregierung eine weitere wichtige Säule der Öffentlichkeit und würdigte, dass die nichtkommerziellen publizistischen Angebote sich ihr Publikum gesucht hatten.

Gut ein Jahr vor Ende des Modellversuchs entstanden im Bereich der Bürgermedien bereits 150 Vollarbeitsplätze. Dazu kamen mehr als 160 Honorarkräfte. Die Bürgermedien stellten ihre Leistungsfähigkeit als Anbieter von Ausbildungsplätzen für Mediengestalter unter Beweis. Die wichtigste Zahl aber war die derjenigen, die als Ehrenamtliche erstmals als Gestalter von Inhalten und Programmen mit Medien in Berührung kamen: Das waren mehr als 10.000 Menschen in Niedersachsen. Für den Bürgerrundfunk stand eine Landesförderung bis zu 9 Millionen Mark jährlich zur Verfügung. Die Ems-Vechte-Welle sollte nach Meinung der SPD-Stadtratsfraktion auch zukünftig von der Stadt Papenburg mit 50.000 Mark unterstützt werden. Neben der Stadt Papenburg finanzierten der Landkreis Emsland und die Landesmedienanstalt den Radiobetrieb. Es bestand eine enge Kooperation mit der Fachhochschule in Lingen.

Die Ems-Vechte-Welle war das Regionalradio für das Emsland und die Grafschaft Bentheim. Sie war ein offener Kanal, offen für alle Bürger der Region. Sie konnten ihre eigene Sendung produzieren und mussten dafür nichts bezahlen, denn die Nutzung der Technik und Studios war kostenlos. Die Ems-Vechte-Welle war auf drei Frequenzen zu hören. Im nördlichen Emsland, also in Papenburg, war es die UKW-Frequenz 99,3 MHz, im südlichen Emsland 95,6 MHz und in der Grafschaft Bentheim 95,2 MHz. Es gab drei Studios in Lingen, Nordhorn und Papenburg. Das Studio in Papenburg war im alten Kutscherhaus der Volkshochschule untergebracht.

Vorbereitung der Bundestags- und Landtagswahl

Mit den Vorbereitungen der Bundestags- und Landtagswahl beschäftigte sich der SPD-Kreisvorstand in seiner monatlichen Sitzung im Dezember.

„Wir sind gut vorbereitet“, sagte Kreisvorsitzende Karin Stief-Kreihe. Die bisherigen Bundestagsabgeordneten Monika Heubaum und Reinhold Robbe wurden mit überwältigender Mehrheit erneut nominiert. Ende Februar erfolgte die Verabschiedung der Bezirksliste im Bezirksausschuss. Auch die Wahlkampfleitungen trafen sich bereits zu einer ersten Vorbereitungsrunde.

Astrid Jäger, stellvertretende Kreisvorsitzende aus Lingen, war überzeugt, dass beide SPD Bundestagsabgeordneten auch dem nächsten Deutschen Bundestag angehören würden. „Beide“, so Astrid Jäger, „sind die Garanten dafür, dass emsländische Interessen in Berlin Gehör finden“. Ein besonderer Verdienst war die Unterstützung bei dem Lückenschluss der A 31. Sechzehn Jahre lang war es den CDU Abgeordneten nicht gelungen, dieses Vorhaben finanziell abzusichern – es wurde geschoben und geschoben. „Das ist jetzt endlich vorbei“; betonte Karin Stief-Kreihe. Der SPD-Kreisvorstand war sich darin einig, dass die Fertigstellung der A 31 im Jahr 2005 für die wirtschaftliche Entwicklung des Emslandes weitere Impulse setzen würde.

„Wir sehen gute Chancen“, so Peter Raske, stellvertretender Kreisvorsitzender aus Papenburg; „dass Reinhold Robbe erstmalig den Wahlkreis direkt gewinnen kann.“

Die Vorbereitungen der Landtagswahl liefen ebenfalls. Im April/Mai erfolgen die Kandidatenwahlen für die vier Wahlkreise (bisher drei). Zur Landtagswahl 2003, voraussichtlich im Februar 2003, erfolgte ein neuer Wahlkreiszuschnitt. Der Wahlkreis nördliches Emsland würde reduziert um die Gemeinde Lathen. In der Mitte im Wahlkreis Meppen würden die Gemeinden Geeste und Twist abgegeben. Neu hinzukämen die Gemeinden Lathen und Freren. Der Wahlkreis Lingen, südliches Emsland würde verkleinert um Schüttorf und Freren. Neu hinzu käme ein vierter Wahlkreis „Niedergrafschaft“, dem zukünftig die beiden emsländischen Gemeinden Geeste und Twist zugeordnet würden.

Gegenwärtig ging man davon aus, dass die beiden Landtagsabgeordneten Elke Müller (Lingen) und Karin Stief-Kreihe (Meppen) wieder kandidieren würden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung war die Neueinrichtung des Internetauftritts der Kreis SPD. Mit neuem Erscheinungsbild erfolgte gegenwärtig eine Modernisierung der Internetseiten www.spd-emsland.de. Als Internetbeauftragten für den Kreisvorstand wurde Peter Raske gewählt.